

Bürgermeisteramt Heddesheim
z. Hd. Herrn Bürgermeister Kessler
Fritz-Kessler-Platz
68542 Heddesheim

30. September 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

Antrag:

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen, dass das Aufbringen von chemisch-synthetischen Pestiziden auf gemeindeeigenen Flächen untersagt wird.

Der Gemeinderat hat in diesem Jahr die Fortführung der Biotopvernetzung aus der Einsicht heraus beschlossen, dass mittlerweile viele bekannte und hier heimische Tier- und Pflanzenarten bedroht, viele von ihnen sogar gefährdet sind. Nicht nur Feldhamster, Feldlerche, sondern auch Turmfalke, Rebhuhn, Fasan und Feldhase finden sich auf der Liste wieder.

Die Pflege der vorhandenen und die Schaffung neuer Biotope ist dabei ein essentieller Schritt. Darüber hinaus sind begleitende Maßnahmen erforderlich, welche den Aussterbedruck auf bedrohte Tier- und Pflanzenarten mindern. Daher muß das Ausbringen von chemisch-synthetischen Pestiziden auf Gemeindeflächen umgehend untersagt werden.

Die konventionelle, industrieabhängige Landwirtschaft setzt auf der Heddesheimer Gemarkung solche chemisch-synthetischen Pestizide ein. Es gibt jedoch keinen sicheren Einsatz dieser Mittel deren Ziel es ist, Wildkräuter, Pilze oder Insekten abzutöten. Die Gefährlichkeit der Inhaltsstoffe ist noch nicht hinreichend bekannt. Im Gegenteil, Lebensmittel weisen regelmäßig Rückstände auf, ebenso finden sich diese Gifte oder ihre Bestandteile auch in Böden und Gewässern.

Einige der Pestizide enthalten trotz offizieller Zulassung besonders gefährliche Komponenten mit hoch riskanten Nebenwirkungen, sie sind krebserregend oder stehen im Verdacht es zu sein, viele wirken auf hormonelle Stoffwechselforgänge von Mensch und Tier.

Wenig bekannt ist die schädigende Wirkung bei vor allem unsachgemäßem Umgang auf Anwender selbst. Jedoch auch Anwohner in ländlichen Regionen und Konsumierende sind betroffen. Ungeborene und kleine Kinder sind besonders gefährdet.

Die aktuelle Diskussion um die Einstufung des Krebsrisikos bei Glyphosat zeigt auf, dass die bisherigen Zulassungskriterien nicht ausreichen und sich Risikobewertungen ändern können.

Das Argument, dass man diese Spritzmittel im konventionellen Ackerbau benötigt, um den Betrieb wirtschaftlich zu führen, zeigt die beklagenswerte Abhängigkeit der Landwirtschaft von der Chemie. Als Argument ist es hingegen nicht mehr zu belegen.

Schon lange dienen bei uns landwirtschaftliche Produkte nicht mehr der Ernährung. Vielmehr nimmt der Anbau sogenannter Energiepflanzen wie Winterraps und Mais immer größere Flächen ein. Die dafür notwendige intensive, chemiegeleitete Landwirtschaft mit ihren Monokulturen rauben den Feldvögeln, aber auch allen anderen Tierarten ihre Lebensgrundlage.

Die Artenvielfalt, zu deren Erhalt wir uns durch internationale Verträge verpflichtet haben, nimmt trotz Absichtserklärungen rapide ab. Der „Artenschutz-Report“, den das Bundesamt für Naturschutz (BfN) erstmals vorgestellt hat, sagt aus, dass ein Drittel aller Arten in Deutschland gefährdet ist, als einziger Grund wird die intensive industrielle Landwirtschaft genannt.

Bei der Ausbringung verbreiten sich Herbizide und Pestizide kilometerweit über den Luftkorridor und kontaminieren die Felder von Ökobauern. Viele müssen ihre Betriebe aufgeben. Die Kontamination betrifft auch die an Feldrändern angelegten Blühstreifen, sowie angrenzende private Gärten und Parkanlagen. Der um sich greifende Anbau von Energiepflanzen erhöht den Dünger und Chemieeinsatz. Gleichzeitig können heimische Hummeln und Bienen, aber auch unsere Feldvögel den Mais nicht nutzen. 2,3 Millionen Hektar Energiemais sind für diese Tiere wie eine Wüste, welche zwangsläufig zur Trennung ganzer Populationen führt.

Daneben muss der Mais mit sehr hohen Düngergaben hochgepäppelt werden; der überflüssige Dünger wird dann im Herbst und Winter, wenn der Boden offen liegt, ins Grundwasser gewaschen, steigende Nitratwerte sind ein sehr hoher Preis. Kommen dann noch die Gärreste der Biogasanlagen dazu, ist dieser Giftcocktail auf Jahre gesehen für unsere Böden das Ende unseres grenzwertigen Nitratgehalts im Grundwasser.

Wann gehen wir, als Gemeinde, zum Schutze unserer Bürgerinnen und Bürger in die Offensive! Es hat viel zu lange gedauert bis sich auch in ländlichen Gemeinden die Vernunft durchsetzt, um letztendlich diese Spritzmittel zu verbieten.

Wir sollten uns daher für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzen und die Forschung an alternativen, nicht – chemischen landwirtschaftlichen Methoden fördern.

Für die Fraktion
Günther Heinisch